

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Für die SPD-Fraktion hat nun der Kollege Josip Juratovic das Wort.

(Beifall bei der SPD)

**Josip Juratovic (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir bitte, jenen, die über das Gerichtsurteil zum Mindestlohn jubeln, ein paar Aspekte zum Nachdenken zu geben.

Zunächst eine Feststellung: Niedriglöhne schaden in vielerlei Hinsicht unserer Volkswirtschaft. Niedriglöhne schwächen den Wettbewerb, da ordentliche, innovative Betriebe durch Lohndumping unterboten werden und damit gutbezahlte Arbeitsplätze wegfallen. Diese guten Betriebe können damit bis in die Insolvenz getrieben werden, weil sie mit den Billiglohnbetrieben nicht mithalten können.

Andererseits sind in Billiglohnbetrieben die Fachkräfte so demotiviert, dass die Qualität nachlässt und somit wiederum auch diese Betriebe Aufträge verlieren. Solch ein Wettbewerb, der nicht auf Innovation, sondern auf Unterbieten und Lohndumping baut, hemmt unsere Wirtschaft und den Fortschritt.

(Beifall bei der SPD)

Die Zukunft unserer Wirtschaft darf nicht durch billig, sondern muss durch günstig bestimmt werden, durch Innovation, Organisation, Geschäftssinn und Qualität durch zufriedene Arbeitnehmer. Konkurrenzfähigkeit durch Hungerlöhne ist kein Zeichen von Geschäftstüchtigkeit, sondern von massiver Ausbeutung.

Ja, es gibt ein paar Arbeitgeber, die die Meinung vertreten, dass ein gesetzlicher Mindestlohn zu Beschäftigungseinbrüchen führen würde. Diese Befürchtung teilen nicht nur kleine Betriebe, sondern auch einige Großunternehmen. Einige haben ihre Konkurrenzfähigkeit unter anderem durch eine Mischkalkulation gesichert, der wiederum Dumpinglöhne bei Zulieferern zugrunde liegen. Doch diese Befürchtung ist unbegründet. Der gesetzliche Mindestlohn trifft alle gleich, und außerdem steigt durch einen Mindestlohn die Kaufkraft. Gerade im Niedriglohnbereich fließt jeder Euro direkt in den Konsum. Dies stärkt den ohnehin schwachen Binnenmarkt.

(Frank Schäffler [FDP]: Senken Sie lieber die Mehrwertsteuer!)

Es wurde schon erwähnt: Die meisten Handwerker haben bereits erkannt, dass ein Mindestlohn für sie Vorteile bringt. Im kommenden Jahr soll der deutsche Arbeitsmarkt für die Arbeitnehmer aus den neuen EU-Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa geöffnet werden. Nur die Einführung allgemein verbindlicher Mindestlöhne kann verhindern, dass die Arbeitnehmer aus diesen Ländern für extrem niedrige Löhne bei uns arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

In Großbritannien dürfen bereits heute Arbeitnehmer aus diesen neuen EU-Ländern arbeiten. Großbritannien hat, wie die meisten anderen EU-Staaten, einen Mindestlohn eingeführt. Die Mindestlohnkommission in Großbritannien beschreibt in ihrem letzten Bericht, dass der Mindestlohn eine Erfolgsstory ist. Durch Mindestlöhne werden weder Arbeitsplatzabbau noch Arbeitsplatzflucht begründet. Wohin soll denn der Arbeitsplatz des Friseurs, der Floristin oder der Bedienung im Restaurant verlagert werden? Es geht doch hauptsächlich um Dienstleistungen, die in unserem Land, vor unserer Haustür, erbracht werden.

Mindestlohn bedeutet auch mehr Einkommen und somit bessere Leistungen unserer maroden Sozialversicherungssysteme.

Gerade die Rentner müssen zum wiederholten Male um ihre Rentenerhöhung bangen, weil die Lohnzuwächse durch Niedriglöhne zu gering ausfallen werden und die Rentenerhöhung von durchschnittlichen Lohnzuwächsen abhängig ist.

Nicht zuletzt hat der Mindestlohn auch etwas mit der Menschenwürde zu tun. Der Lohn ist nicht nur Wertschätzung der geleisteten Arbeit, sondern er ist auch mit Wertschätzung für die Menschen verbunden. Womit verdient ein Manager das Hundertfache des Lohns eines Facharbeiters? Gerade im Niedriglohnbereich ist die Situation niederschmetternd.

Über 1 Million Menschen in Deutschland gehen täglich zur Arbeit, schuften Stunde um Stunde in einem Vollzeitjob und müssen am Ende des Monats zum Sozialamt. Sie müssen trotz anständiger Arbeit betteln, um ihre Familien über die Runden zu bringen. So etwas darf nicht sein. Woher soll die Motivation dieser Arbeitnehmer für ihre Arbeit kommen, vor allem dann, wenn sie feststellen müssen, dass sie über Sozialleistungen mehr Geld als durch Arbeit erhalten? Dies ist beschämend für unser Land.

Es ist Zynismus pur, die Armut von 2,6 Millionen Kindern zu beklagen, Steuergelder für die Leidminderung auszugeben und gleichzeitig ihre Eltern für einen Hungerlohn arbeiten zu lassen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb ist es in unserem Land höchste Zeit, zu begreifen, dass der Mindestlohn keine Gefahr, sondern Ausdruck von Fairness und eine Chance für unsere Volkswirtschaft ist.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)